Windkraft-Ausbau bleibt strittig

Informationsveranstaltung: Vertreter der Stadt Paderborn beantworten im Rathaus Fragen zur Planung und Steuerung der Windenergie. Dabei müssen sie sich Kritikern stellen

Von Holger Kosbab

■ **Paderborn**. 1.500 Meter Abstand von Windrädern zur nächsten Wohnbebauung und klare Rahmenbedingungen zur Windkraftnutzung vom Bund und Land NRW: Dies wünscht sich Paderborns Bürgermeister Michael Dreier. Nur so könnte eine Akzeptanz der Windenergie geschaffen werden. Die Realität in Paderborn mit Befürwortern und Gegnern ist derzeit eine andere. „Die Windenergie-Diskussion spaltet ein Stück weit die Gesellschaft“, sagte Dreier im Rathaus vor 80 Zuhörern bei einer Informationsveranstaltung zur Planung und Steuerung der Windenergie.

Mitte Dezember hatte der Stadtrat die 125. Änderung des Flächennutzungsplans beschlossen. Diese bot den Anlass, um das Thema nochmals vorzustellen und Fragen zu beantworten. Nicht überraschend ging es sofort um den Ortsteil Dahl, auf dessen Fläche besonders viel Windkraftanlagen stehen. Hierzu gab es zunächst die Frage nach der Abstandsregelung, die aus Sicht eines Bürgers nicht komplett öffentlich gemacht worden sei. Planer Michael Ahn sagte, dass die Planung (1.000 Meter Abstand zu Wohnsiedlungen, 500 Meter zum Außenbereichswohnen) mehrfach eingebracht worden sei.

Heinrich Brinkmann, Vorsitzender des Regional-Bündnisses Windvernunft OWL-Sauerland erneuerte seine Kritik an den Gutachten zu den Standorten in Teilbereichen und fragte nach einem Monitoring der Anlagen. NRW-Umweltminister Johannes Remmel habe das Vorgehen bei den Gründungsgutachten nicht beanstandet, sagte Martin Hübner, Baudezernent des Kreises Paderborn, der Genehmigungsbehörde für Windkraftanlagen. Genauso gebe es ein Monitoring.

Zudem sei Dahl durch den Windkraftausbau in Lichtenau betroffen, sagte ein anderer Betroffener. Jede Kommune lege eigene Kriterien für Windkonzentrationszonen fest, erklärte Thomas Jürgenschellert vom Stadtplanungsamt. Die Stadt Paderborn könne zwar mit der Stadt Lichtenau sprechen, doch es gebe keinen Rechtsanspruch, auch dort den Aspekt der Umzingelung anzuwenden.

„Für Dahl sei das gemacht worden, was wir tun konnten“, sagte Andre Unland, Rechtsberater der Stadt. Er erläuterte, dass nach Abzug harter Tabuzonen (hier können grundsätzlich keine Anlagen gebaut werden) und weicher Tabukriterien (Windkraft ist hier nicht möglich, weil etwa Abstände zur Bebauung nicht ausreichen) sowie Einzelabwägungen wie vorbeugender Artenschutz letztlich substanzieller Raum bleibe, wo Windkraft möglich sei. Letztlich habe es von der 107. (421 Hektar substanzielle Flächen) zur 125. Änderung des Flächennutzungsplans (551 Hektar) „einen moderaten Ausbau mit einem Schutz der Anwohner“ gegeben.

Häufiger Anblick: *Gut 80 Windkraftanlagen stehen auf dem Gebiet der Stadt Paderborn, 500 im Kreis Paderborn.* FOTO: ANDREAS FRÜCHT

Die Planung entspreche der aktuellen Rechtssprechung, sagte Unland. Es sei jedoch ein Prozess, der genau beobachtet werden müsse. Anpassungen an veränderte Rahmenbedingungen seien denkbar.

Planer Ahn betonte, dass in Dahl erstmals der Aspekt der Umfassungswirkung zum Tragen gekommen sei. Angestoßen durch die Bevölkerung wurde beschlossen, dort keine Windkraft zu ermöglichen, wo der Rundumblick bereits mehr als 180 Grad von Windanlagen geprägt sei.

Beim Kreis Paderborn liegen derzeit 132 Genehmigungsanträge, sagte Martin Hübner, hinzu kommen 30 Klagen. Windkraft sei „ein Beschäftigungsprogramm für die nächsten 20 Jahre“. Derzeit sind in Paderborn rund 80 Windenergieanlagen in Betrieb (87 genehmigt), im Kreis Paderborn sind es gut 500.

Diese veränderten die Kulturlandschaft, weshalb Isa Freifrau von Elverfeldt aus Wewer von „Enteignung von Heimat“ sprach. Ein anderer Zuhörer fragte, inwiefern die Befeuerung – das rote Blinken, mit dem Anlagen nachts als Hindernis sichtbar sind – nicht nur bei Bedarf erfolgen könne. In Mecklenburg-Vorpommern gebe es dies, nicht aber in NRW. Hier müsse das Land reagieren, sagte Dreier. Er sei zudem „überzeugt, dass wir in Paderborn genug für die Windkraft getan haben“.

Für etwas Unsicherheit sorgt auch der seit dem 8. Februar geltende Landesentwicklungsplan, an den die Bezirksregierungen ihre Regionalplanung anpassen müssen. Jürgenschellert hofft auf einen Konsens – und dass nicht auch bei der Paderborner Planung nachgearbeitet werden muss.